

Berantwort. Redakteur: R. D. Schäfer in Stettin.  
Verleger und Drucker: R. Graumann in Stettin, Kirchplatz 3-4.  
Bezugspreis: vierfachjährlich in Stettin 1 M., auf den deutschen  
Postanstalten 1 M. 10 H.; durch den Briefträger ins Haus  
gebracht kostet das Blatt 40 H. mehr.  
Anzeigen: die Kleinzeile über deren Raum 15 H., Nekramen 30 H.

## Vom Abgeordnetenhaus.

Zur rechten Zeit, nicht lange vor den nächsten Landtagswahlen, hat der Bureauchef einen Überblick über den Verlauf der 19. Legislaturperiode des preußischen Abgeordnetenhauses (Sessionen 1899 bis 1903) herausgegeben und diesem verschiedene Beiträge über die Mitgliederzahl der Fraktionen von 1866/67 an, über die Parteigruppierung nach Provinzen sowie über die gegenwärtigen Parteiverhältnisse nach Provinzen, Regierungsbezirken und Wahlbezirken beigefügt. Die Konservativen hatten danach 1866/67 von den damals erst vorhandenen 352 Mandaten 119 inne. In der nächsten Legislaturperiode erhöhte sich die Zahl auf 125. Dann trennten sich die neuen Konservativen von der alten Partei, jene hatten 44, diese 70 Sitze in der Periode von 1870/73 inne. In der nächsten Legislaturperiode brachten es die Konservativen nur auf 6, die Neuen Konservativen auf 24 Sitze, die in der darauf folgenden, auch nicht wesentlich, nämlich auf 10 und auf 31 Sitze erhöht wurden. Dann vereinigten sich beide Fraktionen wieder zur Konservativen Partei, und diese gewann in der 14. Periode 1879/82 von den vorhandenen 433 Mandaten 110, in der 15. Periode 122, dann 133, hierauf 129 und in den beiden letzten jedesmal 144 Sitze. Die freikonservative Partei bezog 1866/67 17 Mandate. Die höchste Zahl hatte sie mit 65 in der Periode 1894/95 erreicht, in der letzten zählte sie 55 Sitze. Die national-liberale Fraktion hatte am Ende der 10. Legislaturperiode im Jahre 1870 99 Mandate und konnte sie 1873/76 auf 174 steigern. Schon in der nächsten Periode fielen die Zahl auf 169, in der darauf folgenden auf 85. Den tieftesten Mandatsbestand erreichte die Partei 1882/83 mit 66 Sitzen. Dann ging es in der nächsten Periode auf 72, in der darauf folgenden auf 86 Mandate hinauf, wonach wieder Rückgang auf 84 und 75 folgten. Das Zentrum, das als solches in der 11. Legislaturperiode 1870/73 es auf 58 Mitglieder gebracht hatte, zählte schon in der 12. Periode 88, dann 89, 97, 99, 98, 95 und in der 19. Periode gar 100 Mitglieder. Die deutsche Fortschrittspartei, die in der Periode 1873/76 es auf 68 Mandate gebracht hatte, endete 1882 mit 38. In die nächste Periode zog sie zusammen mit der Liberalen Vereinigung als deutsche Freiheitliche Partei in das Abgeordnetenhaus und verfügte über 53 Sitze. Diese fielen in den folgenden Perioden auf 40 und 29 Sitze. In der Periode von 1894/95 waren Freiheitliche Volkspartei und Freiheitliche Vereinigung mit 14 und 6 und in der letzten Periode mit 26 und 10 Mandaten vertreten. Die Polen besaßen in der Periode von 1866/67 unter den 352 Mandaten noch 21 oder nahezu 6 Prozent. Ihre Mandatzahl ist dann nie wieder auf dieser Höhe gewesen. Beträchtlich gefallen war sie aber erst in den letzten, in der 19. Legislaturperiode, wo sie nur 13 oder von den vorhandenen 433 Mandaten gerade 3 Prozent ausmachte.

## Zur Lage in Macedonien.

Über den Inhalt der neuen österreichisch-ungarischen Reformvorschläge meldet die "R. Dr. Presse": Die ganze lokale Verwaltung scheint allmählich vom türkischen Einflusse losgelöst werden zu sollen, und eine gewisse Autonomie der christlichen Verwaltungsorgane soll Garantien schaffen, daß insbesondere alle angekündigten humanitären Reformen, die mit der Frage der Reparation der nach Bulgarien geflüchteten Mazedonier in Verbindung stehen, wirtschaftlich durchgeführt werden und vom Einfluß der türkischen Verwaltung möglichst unbehindert bleiben. Es zeigt sich hierin die unzweifelhafte Absicht, das austständische Gebiet, ohne es von der Türkei staatsrechtlich zu trennen, allmählich einer größeren Autonomie teilhaftig werden zu lassen. Wenn die türkische Regierung auf diese Vorschläge einigt, so wird es sich um die Erhöhung des Einflusses von lokalen Verwaltungsorganen handeln, die sich nicht bloß wie bisher auf christliche Geldhäuser und christliche Institutionen für die Gendarmerie beziehen, sondern um wichtige und wirkbare Verwaltungs-

## Stettiner Zeitung.

Annahme von Anzeigen Breitestr. 41—42 und Kirchplatz 2.

Bertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Moise, Hohenstein & Bogler, G. L. Danne, Invalidenbank, Berlin, Bernh. Arent, Max Grünbaum, Elberfeld, W. Thines, Halle a. S., J. Falck & Co., Hamburg, William Witten, In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Deim, Güter, Copenhagen Aug. J. Wolff & Co.

organe, deren Kontrolle eine Sicherheit für die Durchführung der Reformen bieten würde. Es wird daher noch einige Zeit dauern, bis die Einzelheiten dieser Kontrolle von türkischer Seite geprüft, genehmigt und dann publiziert werden können.

Nach einer amtlichen Mitteilung der Post hat der griechische Erzbischof von Tauria dem ökumenischen Patriarchen einen Bericht überwandt, wonach der Baudenkmäler-Tischalarion mit seinen Genossen im Distrikte Tauria an der griechischen Bevölkerung Mordtaten und andere Misshandlungen begangen habe. Tischalarion habe mehrere den Griechen gehörige Häuser in Brand gestellt und drei Frauen und drei Männer entführt. Ferner wurden die verstümmelten Leichen einer Frau und eines Mannes im Gebirge aufgefunden. Tischalarion habe außerdem eine Frau ermordet und einen Griechen namens Tafo getötet, nachdem er ihn grausam verstimmt hatte.

Der ehemalige französische Marineminister Rodoy wurde gelegentlich eines Besuches vom Sultan Abdul Hamid empfangen. Im Verlaufe der Audienz, über welche der "Figaro" berichtet, kam das Gespräch auch auf die Tagesfrage: Insurrektion in Mazedonien. „Ich will“, sagte der Patriarch, „nur den Frieden, und ich werde nur Krieg führen, wenn man mich dazu zwingt. Ich hoffe aber, daß man mich nicht dazu zwingen wird, und daß der Friede erhalten bleibt.“ Der Aufstand in Mazedonien scheint übrigens den Sultan keineswegs mit Besorgnis zu erfüllen, denn er äußerte sich über denselben mit folgenden Worten: „Mazedonien befindet sich nicht im Aufstand, es gibt in Mazedonien nur eine bulgarische Minderheit, die aufgereizt durch Einflüsse und die Mitleidlosigkeit des Auslandes zum Aufstand verleitet wurde, den man aber sehr bald beenden wird.“ Der Sultan fügte noch hinzu, daß er gewisse von seinen Soldaten begangene Ausübertungen bedauere und befehl gegeben habe, daß überall Kriegsgerichte eingefest würden, um die Beute, die sich unruhige Gewalttätigkeiten zuschulden kommen ließen, streng zu bestrafen. „Ich weiß“, sagte Abdul Hamid, „daß es in allen Armenien gewalttätige Leute gibt und daß die Unterdrückung einer Erhebung nicht ohne einige unvermeidliche Exzesse möglich ist; ich wünsche aber, daß man uns nicht für böswilliger und grausamer hält, als andere. Man spricht immer von unserem Fanatismus. Ist es so ganz sicher, daß die Muselmänner und Bulgarier sind als die Christen? Als das christliche Spanien die Mauren besiegt, wurden den Gefangenen die Köpfe abgeschnitten und die anderen wurden aus dem Lande gejagt. Spanien gestattete es nicht, daß nur ein Muselman im Lande bleibe. Ich habe für die Bulgaren Mazedoniens Schulen errichtet und habe ihnen einen Lehrplan gegeben.“

Der Korrespondent der "Daily News", der vom Hoflöster mit den Aufständischen über die Grenze ging, appellierte telegraphisch an Lord Rosebery, seinen großen Einfluß für die Mazedonier einzusetzen. Im Rhodopendorf Radichene, westlich von Bagradisch, sind gegen 1000 Flüchtlinge aus den Bezirken Serres und Demirhisar mit 3000 Stück Nutzvieh eingetroffen. Es soll die gegenseitige türkisch-bulgarische Mistrust beobachtet.

Aus dem Reich.

Der Kronprinz wird am Sonntag, den 11. d. Mts., sich nach Rheinsberg begeben, um dort in Vertretung des Kaisers der feierlichen Enthüllung des Denkmals Friedrichs des Großen zu bejubeln. — Erzherzog Friedrich von Österreich, Chef des preußischen Infanterieregiments von Stühnagel (5. Brandenburgischen) Nr. 48 und Ritter des Schwarzen Adlerordens, beginnt am gestrigen Donnerstag mit seiner Gemahlin Isabella, geb. Prinzessin von Croa, das Fest der silbernen Hochzeit. — Der Kunstmaler und Direktor des polnischen Kunstmuseums in Posen Kazimir Krzyzanowski ist ausgezogen worden. — Die "Königliche Volkszeitung" meldet aus Rom: Der Papst empfing heute den Direktor für Medizinangelegenheiten im preußischen Kultusministe-

rium Oberregierungsrat Dr. Förster und Gemahlin in Privataudienz, sowie den Prälaten Dr. Baal. Letzterer überreichte eine Biographie des Papstes, der bei dieser Gelegenheit erklärte, daß er gedrucktes Deutsch gut verstehe. — Das Hochzeitsgeschenk des Zarenpaars an den Prinzen Andreas von Griechenland und die Prinzessin Alice von Battenberg besteht in einer Million Rubel bar. Ueberdies schenkte das Zarenpaar der Braut Schmuckstücke im Wert von 250 000 Mark. — Für die Überschwemmungen in Schlesien sind beim Schlesischen Bauverein in Breslau wiederum 165 000 Mark vom Berliner Reichskomitee eingegangen. Die Gesamtsumme der bisher bei der Breslauer Sammlung aufgelieferten Verträge beläuft sich auf 992 000 Mark. — Als Ort für die Hauptversammlung des Gustav-Adolf-Vereins im nächsten Jahre ist Heidelberg bestimmt worden. Die große Liebesgabe des Gustav-Adolf-Vereins im Betrage von 22 805 Mark fiel der Gemeinde Esperanza (Argentinien) zu, die zweite Gabe in Höhe von 6789 Mark fiel nach Czerny in Westpreußen, die dritte Gabe erhielt die Gemeinde Großhauheim in Hessen. — In Breslau wurde in der geöffneten Stadtverordnetenversammlung beschlossen, den Volksheilstättenverein zur Errichtung einer Volksheilstätte für weibliche Lungenkranken in Niederzieber bei Landeshut fünfzigtausend Mark als einmalige Beihilfe und einen laufenden Jahresbetrag von fünftausend Mark zu bewilligen. — Bei der am 11. d. Mts. in Posen stattfindenden Enthüllung des Bismarck-Denkmales werden Fürst und Fürstin Herbert von Bismarck, sowie der Minister Freiherr von Hammerstein und Dr. Stüdt erwartet.

lich vorgeschlagen, die Wege über den Platz zu betreten, im übrigen aber denselben mit Hasen anzutreten. — Referent bemerkte dazu, in der Gegend an der Bismarckstraße bestehe kein Bedürfnis für Anlage eines Schmuckplatzes, denn in dem umgestalteten Militärplatz, dem darangrenzenden Hohenzollernplatz sei daran reichlich vorgeorgt. Der Schmuckplatzanlage sieht auch der noch auf einige Jahre abgeschlossene Vertrag mit dem Eispanier entgegen. Referent beantragt namens der Finanzkommission: über die Be schwerde zurzeit zur Tagesordnung überzugehen und dem Magistrat zugleich den Bericht auf des Platzes nach Ablauf des Pachtvertrages anbeizugeben. — Herr Herbart würde den Verkauf nicht für richtig halten, er spricht sich für Einfriedigung des Platzes aus. Die Kosten dafür dürften durch höhere Pacht erträge ausgeglichen werden. — Herr Überbürgermeister Haken meint, der Magistrat werde sich schwerlich zum Verkauf des Platzes entschließen, von diesem Zugeständnis bitte er abzuweisen. Vorschläge zur Regulierung des Platzes habe der Magistrat schon wiederholt gemacht, dieselben hätten aber niemals den Beifall der Versammlung gefunden. — Herr Klein empfiehlt, den Platz zu beraten, um dadurch der Staatsentwicklung entgegenzuwirken. Verträge pflegen die Stadt stets nur auf Kündigung abzuschließen, auch würde der Eispanier schwierig gegen die Verpflichtung etwas einzutragen haben. Es sei in der Tat ein unlösbare Zustand, daß ein Platz innerhalb der Stadt wüst liege, während Plätze in entlegeneren Gegenden sehr häufig angelegt werden. — Herr Bogaert sieht als Besonderheit, daß der Wahlkampf sich für die zweite und erste Abteilung zu Wahlterminen um 8 und 9 Uhr. Bei der in Aussicht gestellten starken Wahlbeteiligung müsse jedoch mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß drei Stunden für die Wahl der dritten Abteilung nicht reichen, was zur Folge haben würde, daß der Wahlkampf sich für die zweite und erste Abteilung bis in die Nachstunden hinein erstreckt. Damit würde man unweigerlich das Wahlrecht der zweiten und ersten Abteilung schneller, ohne der dritten wesentlich zu nützen. Referent empfiehlt deshalb Ablehnung dieses Antrages. — In einer von den bestätigten Ausfällen durchsetzen Niederschafft sich Herr Bogaert gegen die Versammlung. — Herr Oberbürgermeister Haken meint, der Magistrat werde sich schwerlich zum Verkauf des Platzes entschließen, von diesem Zugeständnis bitte er abzuweisen. Vorschläge zur Regulierung des Platzes habe der Magistrat schon wiederholt gemacht, dieselben hätten aber niemals den Beifall der Versammlung gefunden. — Herr Klein empfiehlt, den Platz zu beraten, um dadurch der Staatsentwicklung entgegenzuwirken. Verträge pflegen die Stadt stets nur auf Kündigung abzuschließen, auch würde der Eispanier schwierig gegen die Verpflichtung etwas einzutragen haben. Es sei in der Tat ein unlösbare Zustand, daß ein Platz innerhalb der Stadt wüst liege, während Plätze in entlegeneren Gegenden sehr häufig angelegt werden. — Herr Bogaert sieht als Besonderheit, daß der Wahlkampf sich für die zweite und erste Abteilung zu Wahlterminen um 8 und 9 Uhr. Bei der in Aussicht gestellten starken Wahlbeteiligung müsse jedoch mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß drei Stunden für die Wahl der dritten Abteilung nicht reichen, was zur Folge haben würde, daß der Wahlkampf sich für die zweite und erste Abteilung bis in die Nachstunden hinein erstreckt. Damit würde man unweigerlich das Wahlrecht der zweiten und ersten Abteilung schneller, ohne der dritten wesentlich zu nützen. Referent empfiehlt deshalb Ablehnung dieses Antrages. — In einer von den bestätigten Ausfällen durchsetzen Niederschafft sich Herr Bogaert gegen die Versammlung. — Herr Oberbürgermeister Haken meint, der Magistrat werde sich schwerlich zum Verkauf des Platzes entschließen, von diesem Zugeständnis bitte er abzuweisen. Vorschläge zur Regulierung des Platzes habe der Magistrat schon wiederholt gemacht, dieselben hätten aber niemals den Beifall der Versammlung gefunden. — Herr Klein empfiehlt, den Platz zu beraten, um dadurch der Staatsentwicklung entgegenzuwirken. Verträge pflegen die Stadt stets nur auf Kündigung abzuschließen, auch würde der Eispanier schwierig gegen die Verpflichtung etwas einzutragen haben. Es sei in der Tat ein unlösbare Zustand, daß ein Platz innerhalb der Stadt wüst liege, während Plätze in entlegeneren Gegenden sehr häufig angelegt werden. — Herr Bogaert sieht als Besonderheit, daß der Wahlkampf sich für die zweite und erste Abteilung zu Wahlterminen um 8 und 9 Uhr. Bei der in Aussicht gestellten starken Wahlbeteiligung müsse jedoch mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß drei Stunden für die Wahl der dritten Abteilung nicht reichen, was zur Folge haben würde, daß der Wahlkampf sich für die zweite und erste Abteilung bis in die Nachstunden hinein erstreckt. Damit würde man unweigerlich das Wahlrecht der zweiten und ersten Abteilung schneller, ohne der dritten wesentlich zu nützen. Referent empfiehlt deshalb Ablehnung dieses Antrages. — In einer von den bestätigten Ausfällen durchsetzen Niederschafft sich Herr Bogaert gegen die Versammlung. — Herr Oberbürgermeister Haken meint, der Magistrat werde sich schwerlich zum Verkauf des Platzes entschließen, von diesem Zugeständnis bitte er abzuweisen. Vorschläge zur Regulierung des Platzes habe der Magistrat schon wiederholt gemacht, dieselben hätten aber niemals den Beifall der Versammlung gefunden. — Herr Klein empfiehlt, den Platz zu beraten, um dadurch der Staatsentwicklung entgegenzuwirken. Verträge pflegen die Stadt stets nur auf Kündigung abzuschließen, auch würde der Eispanier schwierig gegen die Verpflichtung etwas einzutragen haben. Es sei in der Tat ein unlösbare Zustand, daß ein Platz innerhalb der Stadt wüst liege, während Plätze in entlegeneren Gegenden sehr häufig angelegt werden. — Herr Bogaert sieht als Besonderheit, daß der Wahlkampf sich für die zweite und erste Abteilung zu Wahlterminen um 8 und 9 Uhr. Bei der in Aussicht gestellten starken Wahlbeteiligung müsse jedoch mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß drei Stunden für die Wahl der dritten Abteilung nicht reichen, was zur Folge haben würde, daß der Wahlkampf sich für die zweite und erste Abteilung bis in die Nachstunden hinein erstreckt. Damit würde man unweigerlich das Wahlrecht der zweiten und ersten Abteilung schneller, ohne der dritten wesentlich zu nützen. Referent empfiehlt deshalb Ablehnung dieses Antrages. — In einer von den bestätigten Ausfällen durchsetzen Niederschafft sich Herr Bogaert gegen die Versammlung. — Herr Oberbürgermeister Haken meint, der Magistrat werde sich schwerlich zum Verkauf des Platzes entschließen, von diesem Zugeständnis bitte er abzuweisen. Vorschläge zur Regulierung des Platzes habe der Magistrat schon wiederholt gemacht, dieselben hätten aber niemals den Beifall der Versammlung gefunden. — Herr Klein empfiehlt, den Platz zu beraten, um dadurch der Staatsentwicklung entgegenzuwirken. Verträge pflegen die Stadt stets nur auf Kündigung abzuschließen, auch würde der Eispanier schwierig gegen die Verpflichtung etwas einzutragen haben. Es sei in der Tat ein unlösbare Zustand, daß ein Platz innerhalb der Stadt wüst liege, während Plätze in entlegeneren Gegenden sehr häufig angelegt werden. — Herr Bogaert sieht als Besonderheit, daß der Wahlkampf sich für die zweite und erste Abteilung zu Wahlterminen um 8 und 9 Uhr. Bei der in Aussicht gestellten starken Wahlbeteiligung müsse jedoch mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß drei Stunden für die Wahl der dritten Abteilung nicht reichen, was zur Folge haben würde, daß der Wahlkampf sich für die zweite und erste Abteilung bis in die Nachstunden hinein erstreckt. Damit würde man unweigerlich das Wahlrecht der zweiten und ersten Abteilung schneller, ohne der dritten wesentlich zu nützen. Referent empfiehlt deshalb Ablehnung dieses Antrages. — In einer von den bestätigten Ausfällen durchsetzen Niederschafft sich Herr Bogaert gegen die Versammlung. — Herr Oberbürgermeister Haken meint, der Magistrat werde sich schwerlich zum Verkauf des Platzes entschließen, von diesem Zugeständnis bitte er abzuweisen. Vorschläge zur Regulierung des Platzes habe der Magistrat schon wiederholt gemacht, dieselben hätten aber niemals den Beifall der Versammlung gefunden. — Herr Klein empfiehlt, den Platz zu beraten, um dadurch der Staatsentwicklung entgegenzuwirken. Verträge pflegen die Stadt stets nur auf Kündigung abzuschließen, auch würde der Eispanier schwierig gegen die Verpflichtung etwas einzutragen haben. Es sei in der Tat ein unlösbare Zustand, daß ein Platz innerhalb der Stadt wüst liege, während Plätze in entlegeneren Gegenden sehr häufig angelegt werden. — Herr Bogaert sieht als Besonderheit, daß der Wahlkampf sich für die zweite und erste Abteilung zu Wahlterminen um 8 und 9 Uhr. Bei der in Aussicht gestellten starken Wahlbeteiligung müsse jedoch mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß drei Stunden für die Wahl der dritten Abteilung nicht reichen, was zur Folge haben würde, daß der Wahlkampf sich für die zweite und erste Abteilung bis in die Nachstunden hinein erstreckt. Damit würde man unweigerlich das Wahlrecht der zweiten und ersten Abteilung schneller, ohne der dritten wesentlich zu nützen. Referent empfiehlt deshalb Ablehnung dieses Antrages. — In einer von den bestätigten Ausfällen durchsetzen Niederschafft sich Herr Bogaert gegen die Versammlung. — Herr Oberbürgermeister Haken meint, der Magistrat werde sich schwerlich zum Verkauf des Platzes entschließen, von diesem Zugeständnis bitte er abzuweisen. Vorschläge zur Regulierung des Platzes habe der Magistrat schon wiederholt gemacht, dieselben hätten aber niemals den Beifall der Versammlung gefunden. — Herr Klein empfiehlt, den Platz zu beraten, um dadurch der Staatsentwicklung entgegenzuwirken. Verträge pflegen die Stadt stets nur auf Kündigung abzuschließen, auch würde der Eispanier schwierig gegen die Verpflichtung etwas einzutragen haben. Es sei in der Tat ein unlösbare Zustand, daß ein Platz innerhalb der Stadt wüst liege, während Plätze in entlegeneren Gegenden sehr häufig angelegt werden. — Herr Bogaert sieht als Besonderheit, daß der Wahlkampf sich für die zweite und erste Abteilung zu Wahlterminen um 8 und 9 Uhr. Bei der in Aussicht gestellten starken Wahlbeteiligung müsse jedoch mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß drei Stunden für die Wahl der dritten Abteilung nicht reichen, was zur Folge haben würde, daß der Wahlkampf sich für die zweite und erste Abteilung bis in die Nachstunden hinein erstreckt. Damit würde man unweigerlich das Wahlrecht der zweiten und ersten Abteilung schneller, ohne der dritten wesentlich zu nützen. Referent empfiehlt deshalb Ablehnung dieses Antrages. — In einer von den bestätigten Ausfällen durchsetzen Niederschafft sich Herr Bogaert gegen die Versammlung. — Herr Oberbürgermeister Haken meint, der Magistrat werde sich schwerlich zum Verkauf des Platzes entschließen, von diesem Zugeständnis bitte er abzuweisen. Vorschläge zur Regulierung des Platzes habe der Magistrat schon wiederholt gemacht, dieselben hätten aber niemals den Beifall der Versammlung gefunden. — Herr Klein empfiehlt, den Platz zu beraten, um dadurch der Staatsentwicklung entgegenzuwirken. Verträge pflegen die Stadt stets nur auf Kündigung abzuschließen, auch würde der Eispanier schwierig gegen die Verpflichtung etwas einzutragen haben. Es sei in der Tat ein unlösbare Zustand, daß ein Platz innerhalb der Stadt wüst liege, während Plätze in entlegeneren Gegenden sehr häufig angelegt werden. — Herr Bogaert sieht als Besonderheit, daß der Wahlkampf sich für die zweite und erste Abteilung zu Wahlterminen um 8 und 9 Uhr. Bei der in Aussicht gestellten starken Wahlbeteiligung müsse jedoch mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß drei Stunden für die Wahl der dritten Abteilung nicht reichen, was zur Folge haben würde, daß der Wahlkampf sich für die zweite und erste Abteilung bis in die Nachstunden hinein erstreckt. Damit würde man unweigerlich das Wahlrecht der zweiten und ersten Abteilung schneller, ohne der dritten wesentlich zu nützen. Referent empfiehlt deshalb Ablehnung dieses Antrages. — In einer von den bestätigten Ausfällen durchsetzen Niederschafft sich Herr Bogaert gegen die Versammlung. — Herr Oberbürgermeister Haken meint, der Magistrat werde sich schwerlich zum Verkauf des Platzes entschließen, von diesem Zugeständnis bitte er abzuweisen. Vorschläge zur Regulierung des Platzes habe der Magistrat schon wiederholt gemacht, dieselben hätten aber niemals den Beifall der Versammlung gefunden. — Herr Klein empfiehlt, den Platz zu beraten, um dadurch der Staatsentwicklung entgegenzuwirken. Verträge pflegen die Stadt stets nur auf Kündigung abzuschließen, auch würde der Eispanier schwierig gegen die Verpflichtung etwas einzutragen haben. Es sei in der Tat ein unlösbare Zustand, daß ein Platz innerhalb der Stadt wüst liege, während Plätze in entlegeneren Gegenden sehr häufig angelegt werden. — Herr Bogaert sieht als Besonderheit, daß der Wahlkampf sich für die zweite und erste Abteilung zu Wahlterminen um 8 und 9 Uhr. Bei der in Aussicht gestellten starken Wahlbeteiligung müsse jedoch mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß drei Stunden für die Wahl der dritten Abteilung nicht reichen, was zur Folge haben würde, daß der Wahlkampf sich für die zweite und erste Abteilung bis in die Nachstunden hinein erstreckt. Damit würde man unweigerlich das Wahlrecht der zweiten und ersten Abteilung schneller, ohne der dritten wesentlich zu nützen. Referent empfiehlt deshalb Ablehnung dieses Antrages. — In einer von den bestätigten Ausfällen durchsetzen Niederschafft sich Herr Bogaert gegen die Versammlung. — Herr Oberbürgermeister Haken meint, der Magistrat werde sich schwerlich zum Verkauf des Platzes entschließen, von diesem Zugeständnis bitte er abzuweisen. Vorschläge zur Regulierung des Platzes habe der Magistrat schon wiederholt gemacht, dieselben hätten aber niemals den Beifall der Versammlung gefunden. — Herr Klein empfiehlt, den Platz zu beraten, um dadurch der Staatsentwicklung entgegenzuwirken. Verträge pflegen die Stadt stets nur auf Kündigung abzuschließen, auch würde der Eispanier schwierig gegen die Verpflichtung etwas einzutragen haben. Es sei in der Tat ein unlösbare Zustand, daß ein Platz innerhalb der Stadt wüst liege, während Plätze in entlegeneren Gegenden sehr häufig angelegt werden. — Herr Bogaert sieht als Besonderheit, daß der Wahlkampf sich für die zweite und erste Abteilung zu Wahlterminen um 8 und 9 Uhr. Bei der in Aussicht gestellten starken Wahlbeteiligung müsse jedoch mit der

Lage auf Bewilligung von 85 400 Mark für den Anschluß von Oberboden an die städtische Wasserleitung sollte nach dem Antrage des Referenten noch einmal an die Finanzkommission zurückgegeben werden, da ein Angebot von Herrn North auf Übernahme seines Wasserwerkes eingegangen ist, was eine nochmalige Prüfung des ganzen Projektes angezeigt erscheinen läßt. — Herr Baurat Venhuus bittet um Annahme der Vorlage, da das Rohrnetz doch auf jeden Fall nötig sei und man fürchten müsse, die erforderlichen Röhren nicht rechtzeitig zu bekommen, wenn die Bestellung nicht bald erfolge. — Herr Manasse erwidert, daß eine Veränderung des Rohrnetzes keineswegs unverhältnismäßig sei, deshalb müsse eben eine nochmalige Kommissionsberatung stattfinden. Das Bedenken wegen der Röhrenbeschaffung sei hinfällig, da doch vor nächstem Frühjahr mit den Arbeiten nicht begonnen werden können. Auch Herr Bendorf tritt für die Vertagung ein. Es sei durchaus lohnend, zu prüfen, ob nicht Bredow mit eigenem Wasser versorgt werden könnte, dann werde die Verbindung mit Althettin und zugleich ungefähr zweidrittel der Kostenumme erpart. Von den Herren Piepenhagen, Hanisch und Stahl wird wiederholt die Dringlichkeit der Wasserversorgung von Oberboden betont, worauf die Herren Bendorf, Manasse und Biehl erwidern, daß die Anlegenheit selbst keineswegs verzögert werden sollte. — Herr Oberbürgermeister Haken erläutert schließlich, die Vorlage nicht an die Finanzkommission, sondern an den Magistrat zurückzugeben. Ein entsprechender Antrag wird von Herrn Manasse gestellt und beschließt die Versammlung demgemäß.

### Kunst und Literatur.

"Sturm und Sonnenchein", ein Vändwörter Lyrik, erschien von Jos. Kaufmann in Heinrichshofens Verlag in Magdeburg. Es ist keine alte Erfahrung, welche aus diesen lyrischen Poesien spricht, der junge Liebesfrühling ist es, der überall hindringt, aber gerade das ist ja eine Sprache, welche am besten verstanden wird und deshalb dürfte "Sturm und Sonnenchein" auch seine Freunde finden.

Zu den empfehlenswerten Erscheinungen auf literarischem Gebiete gehört Engelhorn's Allgemeine Roman-Bibliothek, welche es sich zum Ziel gesetzt hat, die besten modernen Romane aller Völker dem Publikum zu billigstem Preise zugänglich zu machen und zwar in broschierten Ausgaben zu 50 Pf., in gebundener Ausgabe zu 75 Pf. Dem Ziel ist die Verlagsbuchhandlung F. Engelhorn in Stuttgart treu geblieben und der Erfolg hat nicht gefehlt, die bekannten roten Bände finden mehr und mehr Anklang in das deutsche Haus und bei den 19 Fahrgäßen, welche bisher erschienen sind, hat sich die Aufnahme mehr und mehr gesteigert. Der 20. Fahrgang ist mit dem hochinteressanten Roman von Richard Voß "Ein König's Drama" eröffnet und dürfte gerade dieser Roman dazu beitragen, der Allgemeinen Roman-Bibliothek neue Freunde zu gewinnen.

Die Hämorrhoiden und ihre Heilung durch ein erprobtes Blutreinigungsverfahren". (60). Von Dr. med. St. Paczkowski. Leipzig, Edmund Demme. Die Ausheilung des unbrauchbaren Blutes durch die "goldene Ader", die große Pforte ist für die gesunde Funktion notwendig. Ihre Verzögerung oder Verhinderung führt eine große Anzahl quälender Symptome herbei, die wir in ihrer Gesamtheit als Hämorrhoidalleiden bezeichnen. Die Gefäße des Mutterdarmes erweitern sich dann zu großen, stark mit Venenblut angefüllten Säcken, sie rufen die heftigsten Schmerzen hervor, welche die Leidenden oft am Gehen, Stehen und Sitzen hindern. Die Kranken fühlen sich matt und abgeschlagen, es entsteht Engekommenheit des Kopfes, Spannung im Unterleib, Kreuzschmerzen und Verdauungsbeschwerden. — Die Hämorrhoiden entstehen, verhüten und besiegt werden können, darüber gibt die Broschüre in klarer, kurzer Weise Aufschluß.

### Stadt-Theater.

Einer Aufführung von Karl Maria von Weber's "Freischütz" wohnt man immer gern bei, da man weiß, daß sich eine interessante Handlung mit einer schönen Musik verbündet, die trotz ihres Alters noch immer entzückt wie eine frisch erblühte, süß duftende Rose. Daher hatten gestern die Oper zahlreiche Besucher aufgesucht, die insofern auch auf ihre Kosten kamen, als der Gesamteintritt der Vorstellung ein befriedigender war. Von neuen Mitgliedern des Stadt-

Beirats, und der Magistrat ersucht, eine Abstimmung der zutage getretenen Nebständte auf bequemere Art in Erwägung zu nehmen.

Beim Titel III, Armen-, Kranken- und Wohltätigkeitspflege, sind Etats über die

Reisekosten in Höhe von 24 638,45 Pf. vorgekommen, die durch eine umfangreiche Vorlage im einzelnen nadgewiesen werden.

Die Überschreitungen verteilen sich auf insgesamt 62 Positionen, davon entfallen 16 Posi-

tionen mit rund 17 000 Mark auf das Krankenhaus, der Rest von 7600 Mark entfällt auf die Armenverwaltung mit deren Anstalten. Veranlaßt sind die Mehraufgaben durch die große Finanzkommission zurückgegeben werden, da ein Angebot von Herrn North auf Übernahme seines Wasserwerkes eingegangen ist, was eine nochmalige Prüfung des ganzen Projektes angezeigt erscheinen läßt. — Herr

Baurat Venhuus bittet um Annahme der Vorlage, da das Rohrnetz doch auf jeden Fall

nötig sei und man fürchten müsse, die erforderlichen Röhren nicht rechtzeitig zu bekommen, wenn die Bestellung nicht bald erfolge. — Herr Manasse erwidert, daß eine Veränderung des Rohrnetzes keineswegs unverhältnismäßig sei, deshalb müsse eben eine nochmalige Kommissionsberatung stattfinden. Das Bedenken wegen der Röhrenbeschaffung sei hinfällig, da

doch vor nächstem Frühjahr mit den Arbeiten nicht begonnen werden können. Auch Herr Bendorf tritt für die Vertagung ein. Es sei durchaus lohnend, zu prüfen, ob nicht Bredow mit eigenem Wasser versorgt werden könnte, dann werde die Verbindung mit Althettin und zugleich ungefähr zweidrittel der Kostenumme erpart. Von den Herren Piepenhagen, Hanisch und Stahl wird wiederholt die Dringlichkeit der Wasserversorgung von Oberboden betont, worauf die Herren Bendorf, Manasse und Biehl erwidern, daß die Anlegenheit selbst keineswegs verzögert werden sollte. — Herr Oberbürgermeister Haken erläutert schließlich, die Vorlage nicht an die Finanzkommission, sondern an den Magistrat zurückzugeben. Ein entsprechender Antrag wird von Herrn Manasse gestellt und beschließt die Versammlung demgemäß.

Schluß der Sitzung gegen 10 Uhr.

### Provinzielle Umstände.

In Stralsund begann gestern Herr A. D. Blandford sein 50jähriges Bürgerjubiläum und wurde ihm aus diesem Anlaß verschiedene Ehrungen und Preisübergabe durch die Scharnhorststraße, den Grünhofer Markt und die Pölzlerstraße bis zur Kreuzung der Pölzlerstraße mit der Friedeborn- und Berndorffstraße. Eine Reihe kleinerer Vorlagen ohne allgemeines Interesse findet, meint debattiert, nach den Anträgen der Referenten Erledigung.

Schluß der Sitzung gegen 10 Uhr.

theaters lernten wir Fr. Naber und die Herren Keller und Klettich kennen, die in den Partien der "Agathe", des "Max" und des "Erbsöhners Kuno" beschäftigt waren. Fr. Naber führte sich im allgemeinen recht gut ein, da sie eine schöne, wohlklingende, in allen Lagen fast gleich ergiebige Stimme besitzt, die sie auch gut zu beherrschen versteht. Da sie gelegentlich einmal mit dem Orchester uneins wurde, bedauern wir aber nicht so sehr als das Spiel namentlich bei schnellem Tempo. Die Partie des "Max" wurde von dem dritten Tenor Herrn Keller gegeben, der keine üble Stimme hat, aber für erste Rollen noch nicht befähigt erscheint. Im besten erlangte seine Stimme in den Szenen, die sich auf der "Höhe" bewegen und ein Forte verlangen, während der Sänger im übrigen sich von Tremolieren nicht frei machen konnte und in der Tiefe den Glanz und die Kraft vermessen ließ. Immerhin gelang er uns besser als Herr Dr. v. Klemenski. Im Spiel trat Herr Keller nicht besonders nach der positiven oder negativen Seite hervor; dagegen jagte uns seine Maske ebensoviel wie die seiner "Agathe" zu, die dadurch unstrittig neben dem niedlichen, munteren "Könchen" der Frau Bellardt das Fest der goldenen Hochzeit. — In Stralsund wurde gestern vor der Strafanstalt des Landgerichts der Zigarrenmacher Fritz Nagel, welcher den Schlossermeister Max durch Messerschläge schwer verletzt hatte, zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt.

Pastor Kröppel aus Klorin in Pommern lagte gestern vor dem Berliner Schöffengericht gegen den Schriftsteller Dr. Max Wittberg. Pastor Kröppel ist aus seiner antisemitischen Tätigkeit und seinen Vorträgen über die Körner's Mordaffäre, die viel Staub aufgewirbelt und auch die kirchlichen Oberbehörden wiederholt beschäftigt haben, weiten Kreisen bekannt und in mehrere Beleidigungsprozeß verwickelt worden, bei denen die von ihm Verklagten zu nicht hohen Geldstrafen verurteilt wurden. Als dann der Kröppelsche Hausfriedensbruch-Prozeß verhandelt worden war, veröffentlichte der Angeklagte, der seinerzeit für den liberalen Bauernverein "Nordost" tätig war, in der damals von ihm herausgegebenen Montagszeitung vom 2. September 1901 einen Artikel unter der Überschrift: "Der Kloriner Seelenkirt". In diesem wurde heftig gegen den Privatkläger angekämpft, der u. a. "Schweinepriester", "ärgerster politischer Hetzer" genannt und beschuldigt wurde, daß er nicht das Maß von Moral besitzt, welches man von einem evangelischen Geistlichen verlangen müsse, vielmehr sich sittliche Verfehlungen habe zuschulden kommen lassen und namentlich auch im Pfarrhaus zu Klorin wiederholt den Besuch einer Frau Camphausen aus Berlin empfangen und mit dieser intimen Beziehungen gehabt habe. — Bei der angeregten Frage, ob die Offenheitlichkeit auszuüben sei, wider sprach der Privatkläger, der inzwischen Reichsabschlußverordnung Liebermann v. Sonnenberger Richtung geworden ist, diesem Ausschluß entschieden und bat um volle öffentliche Verhandlung. Eine solche fand denn auch statt. Durch die von der Verteidigung gestellten und teilweise auch erhobenen Beweise wurde hingeleitet in das private Leben des Privatklägers bis in seine Studentenzeit hinein. Diese stundenlangen Erörterungen entzogen sich im Einzelnen der Wiedergabe, da sie durchweg sich auf angebliche und vom Privatkläger bestreitete Vorwürfe delikater Natur beogen. Das Ergebnis der Verhandlung war, daß der Gerichtshof den Dr. Wittberg zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten unter folgenden Begründung verurteilte. Richtig sei, daß der Kläger Pastor Kröppel antiflüchtige Medien über den Körner-Fall gehalten habe und agitatorisch und heftig tätig gewesen sei. Dies sei unverträglich mit der Stellung eines Geistlichen. Wolle ein solcher Politiker Reden halten, so möge er sein Amt aufgeben. Diejenigen, die sich durch derartige Reden getroffen fühlen, müssen das Recht haben, sich dagegen zu wenden. Besonders dem Angeklagten, der Jude sei, steht dies Recht zu. Der Vertrag über das Ergebnis der Verhandlung war, daß der Gerichtshof den Dr. Wittberg zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten unter folgenden Begründung verurteilte. Richtig sei, daß der Kläger Pastor Kröppel antiflüchtige Medien über den Körner-Fall gehalten habe und agitatorisch und heftig tätig gewesen sei. Dies sei unverträglich mit der Stellung eines Geistlichen. Wolle ein solcher Politiker Reden halten, so möge er sein Amt aufgeben. Diejenigen, die sich durch derartige Reden getroffen fühlen, müssen das Recht haben, sich dagegen zu wenden. Besonders dem Angeklagten, der Jude sei, steht dies Recht zu. Der Vertrag über das Ergebnis der Verhandlung war, daß der Gerichtshof den Dr. Wittberg zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten unter folgenden Begründung verurteilte. Richtig sei, daß der Kläger Pastor Kröppel antiflüchtige Medien über den Körner-Fall gehalten habe und agitatorisch und heftig tätig gewesen sei. Dies sei unverträglich mit der Stellung eines Geistlichen. Wolle ein solcher Politiker Reden halten, so möge er sein Amt aufgeben. Diejenigen, die sich durch derartige Reden getroffen fühlen, müssen das Recht haben, sich dagegen zu wenden. Besonders dem Angeklagten, der Jude sei, steht dies Recht zu. Der Vertrag über das Ergebnis der Verhandlung war, daß der Gerichtshof den Dr. Wittberg zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten unter folgenden Begründung verurteilte. Richtig sei, daß der Kläger Pastor Kröppel antiflüchtige Medien über den Körner-Fall gehalten habe und agitatorisch und heftig tätig gewesen sei. Dies sei unverträglich mit der Stellung eines Geistlichen. Wolle ein solcher Politiker Reden halten, so möge er sein Amt aufgeben. Diejenigen, die sich durch derartige Reden getroffen fühlen, müssen das Recht haben, sich dagegen zu wenden. Besonders dem Angeklagten, der Jude sei, steht dies Recht zu. Der Vertrag über das Ergebnis der Verhandlung war, daß der Gerichtshof den Dr. Wittberg zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten unter folgenden Begründung verurteilte. Richtig sei, daß der Kläger Pastor Kröppel antiflüchtige Medien über den Körner-Fall gehalten habe und agitatorisch und heftig tätig gewesen sei. Dies sei unverträglich mit der Stellung eines Geistlichen. Wolle ein solcher Politiker Reden halten, so möge er sein Amt aufgeben. Diejenigen, die sich durch derartige Reden getroffen fühlen, müssen das Recht haben, sich dagegen zu wenden. Besonders dem Angeklagten, der Jude sei, steht dies Recht zu. Der Vertrag über das Ergebnis der Verhandlung war, daß der Gerichtshof den Dr. Wittberg zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten unter folgenden Begründung verurteilte. Richtig sei, daß der Kläger Pastor Kröppel antiflüchtige Medien über den Körner-Fall gehalten habe und agitatorisch und heftig tätig gewesen sei. Dies sei unverträglich mit der Stellung eines Geistlichen. Wolle ein solcher Politiker Reden halten, so möge er sein Amt aufgeben. Diejenigen, die sich durch derartige Reden getroffen fühlen, müssen das Recht haben, sich dagegen zu wenden. Besonders dem Angeklagten, der Jude sei, steht dies Recht zu. Der Vertrag über das Ergebnis der Verhandlung war, daß der Gerichtshof den Dr. Wittberg zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten unter folgenden Begründung verurteilte. Richtig sei, daß der Kläger Pastor Kröppel antiflüchtige Medien über den Körner-Fall gehalten habe und agitatorisch und heftig tätig gewesen sei. Dies sei unverträglich mit der Stellung eines Geistlichen. Wolle ein solcher Politiker Reden halten, so möge er sein Amt aufgeben. Diejenigen, die sich durch derartige Reden getroffen fühlen, müssen das Recht haben, sich dagegen zu wenden. Besonders dem Angeklagten, der Jude sei, steht dies Recht zu. Der Vertrag über das Ergebnis der Verhandlung war, daß der Gerichtshof den Dr. Wittberg zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten unter folgenden Begründung verurteilte. Richtig sei, daß der Kläger Pastor Kröppel antiflüchtige Medien über den Körner-Fall gehalten habe und agitatorisch und heftig tätig gewesen sei. Dies sei unverträglich mit der Stellung eines Geistlichen. Wolle ein solcher Politiker Reden halten, so möge er sein Amt aufgeben. Diejenigen, die sich durch derartige Reden getroffen fühlen, müssen das Recht haben, sich dagegen zu wenden. Besonders dem Angeklagten, der Jude sei, steht dies Recht zu. Der Vertrag über das Ergebnis der Verhandlung war, daß der Gerichtshof den Dr. Wittberg zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten unter folgenden Begründung verurteilte. Richtig sei, daß der Kläger Pastor Kröppel antiflüchtige Medien über den Körner-Fall gehalten habe und agitatorisch und heftig tätig gewesen sei. Dies sei unverträglich mit der Stellung eines Geistlichen. Wolle ein solcher Politiker Reden halten, so möge er sein Amt aufgeben. Diejenigen, die sich durch derartige Reden getroffen fühlen, müssen das Recht haben, sich dagegen zu wenden. Besonders dem Angeklagten, der Jude sei, steht dies Recht zu. Der Vertrag über das Ergebnis der Verhandlung war, daß der Gerichtshof den Dr. Wittberg zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten unter folgenden Begründung verurteilte. Richtig sei, daß der Kläger Pastor Kröppel antiflüchtige Medien über den Körner-Fall gehalten habe und agitatorisch und heftig tätig gewesen sei. Dies sei unverträglich mit der Stellung eines Geistlichen. Wolle ein solcher Politiker Reden halten, so möge er sein Amt aufgeben. Diejenigen, die sich durch derartige Reden getroffen fühlen, müssen das Recht haben, sich dagegen zu wenden. Besonders dem Angeklagten, der Jude sei, steht dies Recht zu. Der Vertrag über das Ergebnis der Verhandlung war, daß der Gerichtshof den Dr. Wittberg zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten unter folgenden Begründung verurteilte. Richtig sei, daß der Kläger Pastor Kröppel antiflüchtige Medien über den Körner-Fall gehalten habe und agitatorisch und heftig tätig gewesen sei. Dies sei unverträglich mit der Stellung eines Geistlichen. Wolle ein solcher Politiker Reden halten, so möge er sein Amt aufgeben. Diejenigen, die sich durch derartige Reden getroffen fühlen, müssen das Recht haben, sich dagegen zu wenden. Besonders dem Angeklagten, der Jude sei, steht dies Recht zu. Der Vertrag über das Ergebnis der Verhandlung war, daß der Gerichtshof den Dr. Wittberg zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten unter folgenden Begründung verurteilte. Richtig sei, daß der Kläger Pastor Kröppel antiflüchtige Medien über den Körner-Fall gehalten habe und agitatorisch und heftig tätig gewesen sei. Dies sei unverträglich mit der Stellung eines Geistlichen. Wolle ein solcher Politiker Reden halten, so möge er sein Amt aufgeben. Diejenigen, die sich durch derartige Reden getroffen fühlen, müssen das Recht haben, sich dagegen zu wenden. Besonders dem Angeklagten, der Jude sei, steht dies Recht zu. Der Vertrag über das Ergebnis der Verhandlung war, daß der Gerichtshof den Dr. Wittberg zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten unter folgenden Begründung verurteilte. Richtig sei, daß der Kläger Pastor Kröppel antiflüchtige Medien über den Körner-Fall gehalten habe und agitatorisch und heftig tätig gewesen sei. Dies sei unverträglich mit der Stellung eines Geistlichen. Wolle ein solcher Politiker Reden halten, so möge er sein Amt aufgeben. Diejenigen, die sich durch derartige Reden getroffen fühlen, müssen das Recht haben, sich dagegen zu wenden. Besonders dem Angeklagten, der Jude sei, steht dies Recht zu. Der Vertrag über das Ergebnis der Verhandlung war, daß der Gerichtshof den Dr. Wittberg zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten unter folgenden Begründung verurteilte. Richtig sei, daß der Kläger Pastor Kröppel antiflüchtige Medien über den Körner-Fall gehalten habe und agitatorisch und heftig tätig gewesen sei. Dies sei unverträglich mit der Stellung eines Geistlichen. Wolle ein solcher Politiker Reden halten, so möge er sein Amt aufgeben. Diejenigen, die sich durch derartige Reden getroffen fühlen, müssen das Recht haben, sich dagegen zu wenden. Besonders dem Angeklagten, der Jude sei, steht dies Recht zu. Der Vertrag über das Ergebnis der Verhandlung war, daß der Gerichtshof den Dr. Wittberg zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten unter folgenden Begründung verurteilte. Richtig sei, daß der Kläger Pastor Kröppel antiflüchtige Medien über den Körner-Fall gehalten habe und agitatorisch und heftig tätig gewesen sei. Dies sei unverträglich mit der Stellung eines Geistlichen. Wolle ein solcher Politiker Reden halten, so möge er sein Amt aufgeben. Diejenigen, die sich durch derartige Reden getroffen fühlen, müssen das Recht haben, sich dagegen zu wenden. Besonders dem Angeklagten, der Jude sei, steht dies Recht zu. Der Vertrag über das Ergebnis der Verhandlung war, daß der Gerichtshof den Dr. Wittberg zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten unter folgenden Begründung verurteilte. Richtig sei, daß der Kläger Pastor Kröppel antiflüchtige Medien über den Körner-Fall gehalten habe und agitatorisch und heftig tätig gewesen sei. Dies sei unverträglich mit der Stellung eines Geistlichen. Wolle ein solcher Politiker Reden halten, so möge er sein Amt aufgeben. Diejenigen, die sich durch derartige Reden getroffen fühlen, müssen das Recht haben, sich dagegen zu wenden. Besonders dem Angeklagten, der Jude sei, steht dies Recht zu. Der Vertrag über das Ergebnis der Verhandlung war, daß der Gerichtshof den Dr. Wittberg zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten unter folgenden Begründung verurteilte. Richtig sei, daß der Kläger Pastor Kröppel antiflüchtige Medien über den Körner-Fall gehalten habe und agitatorisch und heftig tätig gewesen sei. Dies sei unverträglich mit der Stellung eines Geistlichen. Wolle ein solcher Politiker Reden halten, so möge er sein Amt aufgeben. Diejenigen, die sich durch derartige Reden getroffen fühlen, müssen das Recht haben, sich dagegen zu wenden. Besonders dem Angeklagten, der Jude sei, steht dies Recht zu. Der Vertrag über das Ergebnis der Verhandlung war, daß der Gerichtshof den Dr. Wittberg zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten unter folgenden Begründung verurteilte. Richtig sei, daß der Kläger Pastor Kröppel antiflüchtige Medien über den Körner-Fall gehalten habe und agitatorisch und heftig tätig gewesen sei. Dies sei unverträglich mit der Stellung eines Geistlichen. Wolle ein solcher Politiker Reden halten, so möge er sein Amt aufgeben. Diejenigen, die sich durch derartige Reden getroffen fühlen, müssen das Recht haben, sich dagegen zu wenden. Besonders dem Angeklagten, der Jude sei, steht dies Recht zu. Der Vertrag über das Ergebnis der Verhandlung war, daß der Gerichtshof den Dr. Wittberg zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten unter folgenden Begründung verurteilte. Richtig sei, daß der Kläger Pastor Kröppel antiflüchtige Medien über den Körner-Fall gehalten habe und agitatorisch und heftig tätig gewesen sei. Dies sei unverträglich mit der Stellung eines Geistlichen. Wolle ein solcher Politiker Reden halten, so möge er sein Amt aufgeben. Diejenigen, die sich durch derartige Reden getroffen fühlen, müssen das Recht haben, sich dagegen zu wenden. Besonders dem Angeklagten, der Jude sei, steht dies Recht zu. Der Vertrag über das Ergebnis der Verhandlung war, daß der Gerichtshof den Dr. Wittberg zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten unter folgenden Begründung verurteilte. Richtig sei, daß der Kläger Pastor Kröppel antiflüchtige Medien über den Körner-Fall gehalten habe und agitatorisch und heftig tätig gewesen sei. Dies sei unverträglich mit der Stellung eines Geistlichen. Wolle ein solcher Politiker Reden halten, so möge er sein Amt aufgeben. Diejenigen, die sich durch derartige Reden getroffen fühlen, müssen das Recht haben, sich dagegen zu wenden. Besonders dem Angeklagten, der Jude sei, steht dies Recht zu. Der Vertrag über das Ergebnis der Verhandlung war, daß der Gerichtshof den Dr. Wittberg zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten unter folgenden Begründung verurteilte. Richtig sei, daß der Kläger Pastor Kröppel antiflüchtige Medien über den Körner-Fall gehalten habe und agitatorisch und heftig tätig gewesen sei. Dies sei unverträglich mit der Stellung eines Geistlichen. Wolle ein solcher Politiker Reden halten, so möge er sein Amt aufgeben. Diejenigen, die sich durch derartige Reden getroffen fühlen, müssen das Recht haben, sich dagegen zu wenden. Besonders dem Angeklagten, der Jude sei, steht dies Recht zu. Der Vertrag über das Ergebnis der Verhandlung war, daß der Gerichtshof den Dr. Wittberg zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten unter folgenden Begründung verurteilte. Richtig sei, daß der Kläger Pastor Kröppel antiflüchtige Medien über den Körner-Fall gehalten habe und agitatorisch und heftig tätig gewesen sei. Dies sei unverträglich mit der Stellung eines Geistlichen. Wolle ein solcher Politiker Reden halten, so möge er sein Amt aufgeben. Diejenigen, die sich durch derartige Reden getroffen fühlen, müssen das Recht haben, sich dagegen zu wenden. Besonders dem Angeklagten, der Jude sei, steht dies Recht zu. Der Vertrag über das Ergebnis der Verhandlung war, daß der Gerichtshof den Dr. Wittberg zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten unter folgenden Begründung verurteilte. Richtig sei, daß der Kläger Pastor Kröppel antiflüchtige Medien über den Körner-Fall gehalten habe und agitatorisch und heftig tätig gewesen sei. Dies sei unverträglich mit der Stellung eines Geistlichen. Wolle ein solcher Politiker Reden halten, so möge er sein Amt aufgeben. Diejenigen, die sich durch derartige Reden getroffen fühlen, müssen das Recht haben, sich dagegen zu wenden. Besonders dem Angeklagten, der Jude sei, steht dies Recht zu. Der Vertrag über das Ergebnis der Verhandlung war, daß der Gerichtshof den Dr. Wittberg zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten unter folgenden Begründung verurteilte. Richtig sei, daß der Kläger Pastor Kröppel antiflüchtige Medien über den Körner-Fall gehalten habe und agitatorisch und heftig tätig gewesen sei. Dies sei unverträ



